



Der Verkehrsausschuss des Bundestages hat mit Vertretern des Schweizer Parlaments Themen des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs diskutiert (Symbolfoto)

©Stephanie Pilick/dpa/picture-alliance

DEUTSCHLAND UND SCHWEIZ BERATEN ÜBER BESSEREN SCHIENENVERKEHR

Bei einem gemeinsamen Treffen haben Parlamentarier aus Deutschland und der Schweiz über eine Stärkung der Qualität sowie die Erhöhung der Kapazitäten im grenzüberschreitenden Schienenverkehr diskutiert.

Berlin. Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages hat sich am Mittwoch, 13. Februar, mit einer Delegation der Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen des Schweizer Parlaments zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Wie das Pressereferat des Deutschen Bundestages mitteilte, haben die deutschen und Schweizer Parlamentarier die zentrale Rolle der Eisenbahn bei der Bewältigung des Verkehrswachstums und der gleichzeitigen Reduktion der Emissionen besprochen.

Wichtige Strecken im grenzüberschreitenden Schienenverkehr



Dabei richteten sie ihren Blick auf die wichtigen Strecken für den grenzüberschreitenden Verkehr, deren Ausbau Deutschland und die Schweiz 1996 im „Vertrag von Lugano“ vereinbart hatten. Dazu zählt der Schienekorridor Rhein-Alpen mit der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel und den Basistunnels durch den Gotthard, den Lötschberg und den Ceneri als Herzstück, die Gäubahn Stuttgart-Singen-Zürich sowie die Bahnstrecke München-Lindau-Zürich. Weiter waren die für die Grenzregion wichtigen Strecken entlang des Hochrheins von Basel über Waldshut, Schaffhausen und Konstanz Thema.

Die Parlamentarier aus den beiden Ländern diskutierten unter anderem Instrumente zur Gewährleistung der vereinbarten Kapazitäten für den Güterverkehr, bei der gleichzeitigen Entwicklung attraktiver Angebote für den Personenverkehr, wie die Netznutzungs- und Taktfahrpläne sowie eine angebotsbasierte Infrastrukturplanung.

Ausbauprogramme vorgestellt

Die verkehrspolitischen Gremien der beiden Parlamente stellten sich dazu gegenseitig die aktuellen Ausbauprogramme vor, wie das 2016 im Bundestag beschlossene Bundesschienenwegeausbaugesetz nach dem Bundesverkehrswegeplan 2030 sowie das Strategische Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur 2030/2035, das im Schweizer Parlament derzeit durch den Ständerat und bis Ende des Jahres im Nationalrat beraten wird.

Die Zukunft der Eisenbahn, die Verbesserung ihrer Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Wirtschaftlichkeit durch europäische Harmonisierung, Innovationen und Digitalisierung, waren zentrale Themen des Austausches. Weitere Themen waren die Lehren aus dem Einsturz eines Tunnels in der Nähe von Rastatt am 12. August 2017 sowie Maßnahmen zur Reduktion von Bahnlärm. (tb)

Weitere Berichte zu diesem Thema finden Sie in unserem Special



RAILCARGO & KOMBINIERTER VERKEHR STRASSE-SCHIENE

(/top-themen/railcargo-und-kombinierter-verkehr-strasse-schiene-1605148.html).

14.02.2019

(tb)

INTERESSANT FÜR SIE:

20.02.2019

TRANSPORT + LOGISTIK



ABBIEGEASSISTE... SPD PLÄDIERT FÜR MEHR FÖRDERMITTEL

Die SPD-Berichterstatter für Güterverkehr und Verkehrssicherheit erwarten, dass sich Bundesverkehrsminister Scheuer in der morgigen Sitzung des Verkehrsausschusses im Bundestag klar zur Verkehrssicherheit bekennt und zusätzliches Geld locker macht.

(/nachrichten

/abbiegeassistenten-spd-plaediert-fuer-mehr-
20.02.2019
plaediert-fuer-mehr-



20.02.2019

TRANSPORT + LOGISTIK



KRITIK AN PLÄNEN ZUR AUTOMATISCHEN KONTROLLE VON DIESEL - FAHRVERBOTEN

Mehrere Sachverständige haben im Verkehrsausschuss des Bundestages deutlich gemacht, dass sie Bedenken hinsichtlich des Aufwands, der Kosten und des Datenschutzes haben. Die Grünen erwägen sogar den Gang vor das Bundesverfassungsgericht.

(/nachrichten/kritik-an-

plänen-zur-automatischen-



NEUE CO2 – GRENZWERTE FÜR LKW STOSSEN AUF GETEILTES ECHO

Die Fahrzeughersteller reagieren entsetzt auf die neuen Klimaschutzvorgaben für schwere Lastwagen. Sie halten die Ziele für zu ehrgeizig. Viele Politiker zeigten sich hingegen zufrieden mit dem EU-Beschluss.

(/nachrichten/neue-co2-grenzwerte-fuer-lkw-stossen-auf-geteiltes-echo-2264806.html)

POST – KONKURRENTEN EMPÖREN SICH ÜBER GEPLANTE PORTO-ERHÖHUNG

Die Paket-, Kurier- und Express-Dienstleister DPD, GLS, Go!, Hermes, UPS und der Branchenverband BIEK kritisieren in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Altmaier, dass die Regierung in ein Regulierungsverfahren der Bundesnetzagentur eingreift.

(/nachrichten/post-konkurrenten-empoenen-sich-ueber-geplante-porto-erhoehung-2264786.html)

